

ELMAR BROK:

Gaza-Konflikt verdeutlicht erneut Notwendigkeit einer kontinuierlichen EU-Außenvertretung

„Israel wird seine Offensive im Gaza-Streifen wohl erst beenden, wenn sichergestellt ist, dass keine neuen Waffen mehr dorthin eingeschmuggelt werden“. Dies erklärte der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments und außenpolitischer Sprecher der Europäischen Volkspartei, in Jerusalem. Brok hielt sich zu Sondierungsgesprächen in der Region auf und traf dort unter anderem mit Staatspräsident Peres, Mitgliedern des israelischen Sicherheitskabinetts, Knesset-Abgeordneten sowie dem palästinensischen Ministerpräsidenten Fajad zusammen.

Der EVP-Außenpolitiker, der auch in die vom Hamas-Raketenbeschuss besonders betrof-



fene Grenzstadt Sderot gereist war, wurde zudem selbst Zeuge eines Einschlags von Kassam-Raketen. Die Hamas habe

durch die Fortsetzung des Beschusses und ihre Ablehnung des ägyptisch-europäischen Friedensplans deutlich gemacht,

dass sie an einer Deeskalation des Konflikts ganz offensichtlich nicht interessiert ist. Israel werde deshalb seine Militäroperationen bis auf weiteres fortsetzen müssen.

Brok begrüßte ausdrücklich die laufenden Vermittlungsbemühungen, an denen die Europäische Union einen erheblichen Anteil habe. Allerdings sei bei den aktuellen Gesprächen darauf zu achten, dass der gewählte palästinensische Präsident Abbas nicht weiter geschwächt werde. „Der Waffenschmuggel muss wirksam unterbunden werden. Dies liegt insbesondere in ägyptischer Verantwortung.“

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducsu.eu/content/view/5506/32/>

WEITER →

Gasstreit zeigt Notwendigkeit für EU-Energiepolitik

Einen Ausbau der Energiepolitik auf europäischer Ebene hat der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Markus Ferber**, gefordert. Der Streit über die russischen Gaslieferungen habe deutlich gemacht, dass nur die Zusammenarbeit aller EU-Staaten im Rahmen der Europäischen Union eine dauerhafte Energieversorgung auch für Deutschland garantiere.

„Der Gasstreit hat deutlich gemacht, dass Europa so schnell wie möglich eine Energiepolitik mit echten Kompetenzen benötigt“. Nach Ansicht Ferbers müsse die Energiepolitik wie im Vertrag von Lissabon vorgezeichnet in der gemeinsamen Zuständigkeit der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten liegen. „Der Vertrag

von Lissabon ermöglicht, dass Europa durch gemeinsames Handeln in der Energiepolitik geschlossen gegenüber Drittstaaten auftreten kann. Dies ist die Grundvoraussetzung einer sicheren Energieversorgung auch für Deutschland“.

Ferber bezeichnete das Auftreten des tschechischen EU-Ratsvorsitzes als „zu wenig, zu spät“. Sie habe die Gaskrise zu lange als rein wirtschaftliche Frage zwischen der Ukraine und Russland behandelt.

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.cducsu.eu/content/view/5505/32/>

WEITER →

WERNER LANGEN:

Zehn Jahre Euro: Unverzichtbarer Stabilitätsanker für die EU

PREISSTABILITÄT UND SICHERHEIT VOR WÄHRUNGSSPEKULATIONEN

Die Währungsunion hat Europa Preisstabilität und politische Identifikationskraft gebracht. Das sagte der Vorsitzende und der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, Werner Langen (CDU). „Zehn Jahre Euro bedeuten Stabilität und Vertrauen in die Gemeinschaftswährung. Diese Entwicklung hat Europa gut getan und muss weitergeführt werden“, so Langen anlässlich der Feierstunde im Europäischen Parlament.

Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 sei ein „lange ersehntes Integrationsprojekt“ Wirklichkeit geworden. „Der Euro ist das mit Händen



Werner Langen MdB

greifbare Symbol der europäischen Einigung und der Vollendung des EU-Binnenmarktes, das den Menschen und der

Wirtschaft das Leben erleichtert. Der Euro hat sich international etabliert und ist zur echten Konkurrenz zum Dollar geworden. Das war nicht selbstverständlich“, sagte der CDU-Europaabgeordnete. Mit der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Stabilitätspakt habe der Euro ein starkes Rückgrat. „Die Preisstabilität ist das oberste Gut der Einheitswährung. Es ist das Verdienst von Helmut Kohl und Theo Waigel, dass sich der Euro auf harte Statuten stützen kann. Er hat eine ungebrochene Anziehungskraft.

Umso mehr haben wir die Verpflichtung, bei künftigen

Beitritten zur Währungsunion keine politischen Rabatte zuzulassen. Alles andere wäre ein Spiel mit dem Feuer“, so Langen.

Der CDU-Europaabgeordnete erinnerte an die segensreichen Wirkungen des Euro während der Finanzmarktkrise. „Hätten wir den Euro nicht gehabt, wären viele große Volkswirtschaften der Eurozone Währungsspekulationen ausgesetzt gewesen. Mit unkalkulierbaren Folgen. Das kann man nicht hoch genug einschätzen – gerade im Hinblick auf ein exportorientiertes Land wie Deutschland.“

CHRISTIAN EHLE:

Plenum verabschiedet bessere Einlagensicherung in der Europäischen Union

BODENSCHUTZ IST NATIONALE ANGELEGENHEIT

Das Europäische Parlament hat sich mit klarer Mehrheit für eine Revision der seit 1994 bestehenden Richtlinie zu den Einlagensicherungssystemen im EU-Bankensektor ausgesprochen. Der zuständige Parlamentsberichterstatter Christian Ehler zeigte sich erfreut über den Ausgang der heutigen Plenarabstimmung: „Erreicht wurde die Erhöhung des Sicherungsniveaus auf 50.000 Euro im kommenden Jahr sowie 100.000 Euro ab 2010, eine deutliche Reduzierung der Auszahlungsfristen im Krisenfall auf 20 Tage sowie der Wegfall der privaten Anlegermithaftung. Damit sind zukünftig 90 Prozent der Ersparnisse in der Europäischen Union garantiert“. Hinzu komme, dass die generelle Auszahlungsfrist tatsächlichen Notfalauszahlungen in begrenztem Umfang nicht entgegenstehe.



Christian Ehler MdB

Es wäre nicht hinnehmbar gewesen, so Ehler weiter, wenn Privatanleger angesichts der Fehlentwicklungen auf dem Bankensektor für fremdverschuldete Verluste in Mithaftung genommen worden wären. Deshalb habe das Europäische Parlament hier ebenso Korrekturen vorgenommen wie bei der Einbeziehung der klei-

nen und mittleren Unternehmen (KMU) in das neue Einlagensicherungssystem. „Nach den ursprünglichen Vorstellungen der Kommission sollten nur private, aber keine gewerblichen Einlagen der Garantieverpflichtung unterliegen. Dies haben wir im Hinblick auf die KMU korrigieren können. Gerade vor dem Hintergrund der Stabilisierung der Finanzmärkte wäre es sonst ein fatales Signal gewesen, lediglich private Einlagen zu sichern“, betonte der Berichterstatter.

Kritik übte der EVP-Wirtschaftspolitiker hingegen am Ablauf des Trilogverfahrens bei diesem milliardenschweren Gesetzgebungsdossier. Dieses habe sehr deutlich die Fähigkeit zur schnellen Reaktion – aber ebenso die Grenzen – der europäischen Institutionen aufgezeigt. So habe die EU-Kommission erst Mitte Oktober vor

dem Hintergrund der Finanzkrise einen Vorschlag zur Änderung der bereits bestehenden Richtlinie vorgelegt, mit dem Ziel, das Vertrauen der Anleger in die Märkte wieder herzustellen. „Als Parlament haben wir uns schnell und konstruktiv in den Prozess eingebracht. Dies war auch richtig und notwendig, allerdings hat der teilweise doch sehr improvisierte Ablauf der Verhandlungen mit Rat und Kommission aufgezeigt, was es bedeutet, wenn ein so komplexes Thema nach Jahren der Inaktivität seitens des zuständigen Kommissars plötzlich so kurzfristig legislativ umgesetzt werden muss“, so der CDU-Europaabgeordnete aus Brandenburg.

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.dcuksu.eu/content/view/5504/32/>

WEITER →

CHRISTA KLAß UND ANJA WEISGERBER:

Neue EU-Standards zu Pflanzenschutz unter Dach und Fach

ANWENDER UND VERKÄUFER BRAUCHEN BEFÄHIGUNGSNACHWEIS

Das Europaparlament hat ein EU-Gesetzpaket zum Einsatz und zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln verabschiedet. „Mit den neuen Vorgaben sorgen wir für mehr Sicherheit für die Anwender, die Verbraucher und die Umwelt. Und das zu den gleichen hohen Standards überall in der EU“, sagten die Berichterstatterin des Europaparlaments zur Richtlinie, Christa Kläß (CDU), und die umweltpolitische Sprecherin der CSU-Europagruppe, Anja Weisgerber. Die neuen Vorschriften zu Pflanzenschutzmitteln treten ab Frühjahr 2011 in Kraft. Kern der Richtlinie sind nationalen Aktionspläne, mit denen die Mitgliedstaaten Zielvorgaben zur Risikoreduzierung festsetzen.

Dazu gehören Abstandsregelungen zu Gewässern, die national entsprechend der klimatischen Bedingungen, dem Boden und der Pflanzenart ausgerichtet werden. „Der Leitgedanke lautet ‚So viel wie nötig, so wenig wie möglich‘“, so Christa Kläß. Durch die Richtlinie werden konkrete Vorgaben für die Aus- und Fortbildung und die Information aller Anwender vorgegeben. Geräte und Maschinen, die zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln benutzt werden, müssen alle drei Jahre eine technische Überprüfung absolvieren. „Der Gerä-

te-TÜV, den es in Deutschland bereits gibt, wird EU-weit verpflichtend. Damit bekommen wir europaweit mehr Sicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen“, betonte die CDU-Parlamentarierin.

Die umweltpolitische Sprecherin der CSU-Europagruppe, Anja Weisgerber, sagte: „Die neue Verordnung zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bringt mehr Verbraucher- und Umweltschutz und die zu Recht geforderte Harmonisierung bei der Zulassung. Wir haben damit EU-weit ein einheitlich hohes Schutzniveau, ohne dabei eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in Europa zu gefährden.“

Alle Stoffe, die krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind, werden vom Markt verschwinden. „Das bringt mehr Gesundheitsschutz für Verbraucher und Landwirte“. Bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln wird es in Zukunft statt 27 nationaler nur noch drei europäische Zulassungszonen geben. Innerhalb der Zonen herrscht das Prinzip der verpflichtenden gegenseitigen Anerkennung. „Dadurch bekommen wir auch bei der Pflanzenschutzpolitik einen wirklichen Binnenmarkt und einheitliche Wettbewerbsbedingungen“, so Weisgerber.

KARL VON WOGAU:

Piraterie ist Folge der Instabilität in Somalia

In der Plenardebatte über den Marineinsatz der Europäischen Union zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika hat Karl von Wogau, Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung, im Europäischen Parlament unterstrichen, dass die Piraterie am Horn von Afrika nur das Symptom einer Krankheit sei. Und diese Krankheit sei die Anarchie in Somalia: „Somalia ist der Prototyp eines gescheiterten Staates. Im Süden gibt es die Union of Isla-

mic Courts, weiter im Norden Somaliland und Puntland. Letzteres ist eng verflochten mit der Piraterie. Die Äthiopier sind dabei, das Land zu verlassen. Die Afrikanische Union ist nicht zu einer Lösung des Problems imstande. Hier liegt der eigentliche Kern des Problems.“

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/5503/32/>

WEITER



Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.

■ Lissaboner Vertrag rasch ratifizieren

Der beste Beitrag der tschechischen Regierung für die baldige Umsetzung des EU-Reformvertrages ist die zügige Ratifizierung im eigenen Land. Das sagte der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europaparlament, **Hartmut Nassauer** (CDU), in der Plenardebatte zum Programm der neuen tschechischen EU-Präsidentschaft. „Viele Lösungen für bestehende europäische Probleme bietet der Lissaboner Vertrag. Wenn Tschechien ihn jetzt rasch ratifiziert, kann zusätzliche positive Dynamik für eine erneute Volksbefragung in Irland entstehen. Tschechien ist jetzt in einer europäischen Vorbildrolle und kann diesen wertvollen Beitrag leisten“, so der CDU-Europaabgeordnete.

■ Bürokratieabbau bei Kleinstbetrieben

Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission aufgefordert, so genannte Kleinstbetriebe von allen EU-Bilanzpflichten zu befreien. Kleinstbetriebe sind Unternehmen mit einer Bilanzsumme bis 500.000 Euro, einem Nettoumsatz bis 1.000.000 Euro und maximal zehn Beschäftigten. „Der Bürokratieabbau muss endlich bei den ganz Kleinen ankommen. Der Friseur- oder Bäckerladen um die Ecke hat nichts mit dem grenzüberschreitenden europäischen Binnenmarkt zu tun. Dann muss er sich auch nicht den Regeln des Binnenmarktes unterwerfen“, erklärt der rechtspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, **Klaus-Heiner Lehne** (CDU).

■ EP verabschiedet EU-Haushalt 2009

Das Europäische Parlament hat heute in zweiter Lesung den EU-Haushalt 2009 mit deutlicher Mehrheit gebilligt. Demnach wird der Haushalt der Europäischen Union in diesem Jahr einen Umfang von 133,7 Milliarden Euro an Verpflichtungs- und 116 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen haben, dies entspricht 0,894% des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE). „Damit können wir die Basisnotwendigkeiten der Europäischen Union finanzieren und haben es zugleich geschafft, auch für den neu eingerichteten Lebensmittelnothilfefonds eine Lösung zu finden“, erklärte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, **Reimer Böge** (CDU), in Straßburg.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER